

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 463/14 vom 16. September 2014

Johannes Callsen: Die neue Bildungsministerin muss einen großen Besen für den Scherbenhaufen der rot/grün/blauen Bildungspolitik mitbringen

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, hat der neuen Bildungsministerin Britta Ernst die konstruktiv-kritische Begleitung der Opposition angeboten:

„Ich habe vor jeder und jedem Respekt, der sich an diese Aufgabe heran wagt. Frau Ernst muss einen großen Besen für den Scherbenhaufen der rot/grün blauen Bildungspolitik mitbringen“, erklärte Callsen heute in Kiel.

Korrekturen am bisherigen Kurs der Landesregierung seien unabdingbar. So dürfen nicht weiterhin kleine Grundschulstandorte im ländlichen Raum aus angeblichen „Pädagogischen Gründen“ geschlossen und dafür unnötige Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen gegründet werden. Auch im Hinblick auf die Lehrkräfteausbildung in Verbindung mit der -besoldung müssten dringend Korrekturen vorgenommen werden.

Statt des völlig unzureichenden Inklusionskonzeptes ihrer Vorgängerin müsse Ernst schnell eine Alternative vorstellen. „Ich hoffe, dass sich die neue Bildungsministerin im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin und den Regierungsfractionen das von der CDU-Fraktion vor Monaten vorgelegte Inklusionskonzept einmal durchliest, und dieses nun im Wettbewerb um die besten Ideen diskutiert wird. Das wäre für diese Regierungskoalition schon ein

Fortschritt“, so Callsen.

Ernst werde sich an den Aussagen messen lassen, für die sie in ihrer Zeit als bildungspolitische Sprecherin der Hamburger Bürgerschaftsfraktion stand: Damals hatte sie sich klar gegen die Einheitsschule ausgesprochen und gefordert, Bildungsreformen müssten die Akzeptanz aller Beteiligten – vor allem der Eltern und Schüler – finden.

„Gemessen daran kann Frau Ernst die Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW nicht glaubhaft vertreten. Die Gesetzgebung und deren ministerielle Umsetzung zielen eindeutig auf eine schrittweise Umwandlung der Gymnasien mit dem Ziel der Einheitsschule. Und eine Akzeptanz der brachialen Umwandlung des Schulwesens ist nicht im Ansatz zu erkennen“, so Callsen.

Dies gelte auch und in besonderer Weise für die Reform der Lehrkräfteausbildung. „Wenn Frau Ernst gegen die Einheitsschule ist, kann sie unmöglich eine Einheitslehrausbildung umsetzen. Unabhängig von der ungesicherten Finanzierung dieser Reform wird das die Nagelprobe ihrer Glaubwürdigkeit sein“, erklärte Callsen.

Callsen forderte Ministerpräsident Torsten Albig auf, den Ressortzuschnitt in seinem Kabinett zu ändern. Angesichts der engen familiären Bindung zum UKSH-Vorstandschef könne die neue Ministerin unmöglich für diesen Bereich zuständig sein.

„Das würde von Beginn an einen Schatten auf ihre Amtsführung werfen“, so Callsen.